

## **Änderungsantrag**

**der Fraktion DIE LINKE**

**zu der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit**  
**- Drucksache 5/5858 -**

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung**  
**- Drucksache 5/5084 -**

### **Thüringer Gesetz zur Entwicklung sektorenübergreifender Versorgungsstrukturen**

Die Beschlussempfehlung wird wie folgt geändert:

1. Nummer 1 Buchst. b wird gestrichen.
2. Nummer 2 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

"b) Nach Nummer 5 werden folgende Nummern 6 bis 9 angefügt:

- '6. der Thüringische Landkreistag mit einer Stimme,
- 7. der Verband der leitenden Krankenhausärzte Deutschlands e.V., Landesverband Thüringen, mit einer Stimme,
- 8. der Gemeinde- und Städtebund Thüringen mit einer Stimme,
- 9. die Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer mit einer Stimme."

3. Nummer 3 erhält folgende Fassung:

"3. § 5 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

'a) Die Nummern 1, 3 und 4 werden gestrichen.

b) Die bisherigen Nummern 2 und 5 werden die Nummern 1 und 2."

#### **Begründung:**

Dem Gemeinsamen Landesgremium sollten die von den Landesausschüssen zu treffenden Entscheidungen mitgeteilt werden, damit das Landesgremium auch im Vorfeld der Entscheidungen der Landesaus-

schüsse eigene Empfehlungen geben kann. Es reicht nicht aus, dass dem Gemeinsamen Landesgremium die bereits getroffenen Entscheidungen der Landesausschüsse nur zur Kenntnis gegeben werden.

Neben dem Thüringischen Landkreistag sollte auch der Gemeinde- und Städtebund Thüringen ständiges Mitglied des Gremiums sein, da er für die kreisfreien Städte im Rahmen der stationären medizinischen Versorgung durch die Änderungen im Fünften Buch Sozialgesetzbuch Verantwortung für den niedergelassenen Bereich hat. Besonders im stationären Bereich haben die kreisfreien Städte einen gesetzlich verankerten Versorgungsauftrag.

Die Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer soll ständiges Mitglied werden, da gerade in Thüringen bei der psychiatrischen Versorgung der Patienten große Probleme auftreten. Die langen Wartezeiten für Betroffene dokumentieren, dass das Versorgungsnetz unbedingt weiter ausgebaut werden muss.

Für die Fraktion:

Ramelow